V-01-NEU-072

Für eine moderne und menschenrechtsorientierte Migrationspolitik in Deutschland und der Europäischen Union

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

1. Ordentlicher Länderrat 2023, 17. Juni 2023
Bad Vilbel

Antragsteller*in: Erik Marquardt

Änderungsantrag zu V-01-Neu

Von Zeile 71 bis 74:
oder der Gastronomie. Wir ermöglichen Zuwanderung gerade in diesen Branchen und stärken so unseren Wirtschaftsstandort. ~~Gleichzeitig wollen~~Viele Geflüchtete die ~~meisten Geflüchteten arbeiten~~arbeiten wollen, dürfen ~~es aber nicht~~das nicht oder treffen auf hohe, teils unüberwindbare Integrationshürden. Das wollen wir ändern. Für die Wahrung unseres Wohlstands und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft,

Von Zeile 77 bis 82:
frühzeitiger Zugang zum Arbeitsmarkt sichert Teilhabe, fördert Integration und sorgt dafür, ~~dass Menschen einen eigenen Beitrag zur Deckung ihrer Lebenshaltungskosten leisten können~~Steuern zahlen dürfen statt auf Leistungen angewiesen zu sein. Deshalb wollen wir Arbeitsverbote aufheben. Verfahren zur Anerkennung von Berufsabschlüssen und beruflichen Erfahrungen wollen wir vereinfachen und ~~beschleunigen~~ermöglichen, Unterstützungs- und Qualifizierungsangebote ausweiten. Den sogenannten Spurwechsel in die

Begründung

Wir glauben eigentlich dass quasi alle Geflüchteten arbeiten wollen, aber auch, dass sie wenn sie bessere Möglichkeiten bekommen, nicht nur "einen Beitrag zur Deckung ihrer Lebenshaltungskosten" leisten würden, wenn man es gut organisiert und ermöglicht, sondern tatsächlich viel Geld in den Staatshaushalt zahlen würden statt nur einen Teil ihrer Kosten decken würden.

weitere Antragsteller*innen

Michael Bloss (KV Stuttgart); Rasmus Andresen (KV Flensburg)